

Hellmut Diwald

Unsere gestohlene Geschichte

Vor knapp drei Jahren waren wir Zeugen und Beteiligte eines Geschehens, bei dem die Freude, der Jubel, die Genugtuung der Deutschen kaum größer hätte sein können. Es hat in der Natur der Sache gelegen, daß die Dramatik der Ereignisse alles überschattet hat, was vorher gewesen war. Im Oktober 1989 feierte das SED-Regime in Mitteldeutschland seinen 40. Geburtstag schon im Zeichen des Offenbarungseides. Daß aber der Aufstand der Mitteldeutschen auch die Bankrotterklärung der westdeutschen Altparteien, der ach so sachkundig selbstgefälligen Politiker und der gesamten Bonner Deutschlandpolitik seit 1949 bedeutet hat — diese Tatsache ist im Geräusch der zusammenbrechenden Berliner Mauer völlig untergegangen.

Sie hätten einem fast leid tun können, diese Leute, die so sicher mit dem Wort und der Vernunft umzugehen wissen und so bar sind aller elementaren Empfindungen und jener Instinkte, die den Kern politisch-sittlichen Handelns bilden. Da hatten sie sich jahrzehntelang so viel darauf zugute gehalten, Nationales, Deutsches brillant zu exekutieren, wenn sie in den Spiegel sahen. Wie europäisch waren sie doch, abhold aller Provinzialität und rückständiger Nationalgefühle. Hatten sie nicht in Hunderten von Reden und Zeitungsartikeln bewiesen, daß die deutsche Einheit ein Phantom der Ewiggestrigen sei?

Nun aber stand die Einheit vor der Tür, vielmehr: schon in der Tür. Unsere politischen Weisen erinnerten fatal an den klugen Palmström des Dichters Christian Morgenstern: „Und so bewies er messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.“ Die deutsche Einheit? Durfte sie sein?

Für einen guten Politiker ist ein schlechtes Gedächtnis unersetzlich. Wer von den Bonner Volksbeauftragten mochte sich damals oder heute noch an seine Sprüche von gestern über die deutsche Einheit erinnern? Alle waren sie plötzlich dafür. Sie waren schon immer dafür. Was sie uns jetzt in ihren Reden zumuten, ist viel zu heuchlerisch, um wahr zu sein. Man kann nicht einmal lachen über soviel Unverfrorenheit.

Dergleichen verdient kaum, daß man sich stellvertretend dafür schämt.

Wer von den Leuten, die Ende 1989 so schnell das Wort ergriffen und sich seitdem als unverwüstliche Patrioten präsentieren, hätte früher ein Interesse daran gehabt, davon mit derartiger Leidenschaft zu sprechen? Etwa die gewählten Abgeordneten, also die von uns bestellten Zukunftslotsen? Oder diejenigen Minister und Kanzler von ehemals und der Gegenwart, die unter dem wärmenden Gefieder der USA die Eier ihrer Interessen ausbrüten ließen? Da gab es einen international wortführenden Politiker, Exkanzler und Friedensnobelpreisträger, der lauthals und mit tragischem Timbre in der Stimme dereinst verkündet hatte: „Wir haben die Einheit verspielt. Und keine Macht der Welt wird sie zurückbringen.“ Doch in den Berliner Novembertagen 1989 häuften

sich urplötzlich in den Medien die Bekenntnisse der Bonner Repräsentanten, daß ihr Wirken stets im Dienst der Einheit gestanden hätte. Nun endlich sei ihr Lebensziel in Sicht — wie das Gelobte Land des Alten Testaments.

Die Einheit Deutschlands? Das überstieg, wie wir uns erinnern sollten und was leicht nachzulesen ist, auch die Vorstellungskräfte oder -wünsche des weiland Bundeskanzlers Helmut Schmidt, den die Aura der schlechthinnigen Fortschrittlichkeit umgab: „Irgendwann im nächsten Jahrtausend.“ Ganz zu schweigen von dem hurtigen Ehemals-Generalsekretär der CDU, der dem Völkerrecht die Pappnasen der Jahre X, Y oder Z aufsetzte. Noch am 3. Oktober 1989 wandte sich schließlich SPD-Chef Hans-Jochen Vogel mit der uns allen so liebgewordenen pädagogischen Energie „gegen das leichtfertige und illusionäre Wiedervereinigungsgerede“. Das war noch zurückhaltend im Vergleich zu Willy Brandt, der am 14. September 1988 klipp und klar die Wiedervereinigung zur „spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“ erklärt hatte. Beide Politiker drückten die Überzeugung der Sozialdemokraten aus. Willy Brandt war in diesem Punkt gerade und offen. Im Februar 1985 hatte er in einer Rede die deutsche Frage als „eine Fiktion“ bezeichnet. Die Tore zur deutschen Einheit seien geschlossen, sie sei „ein Traum, der vorüber ist, wenn man aufwacht“. Es wäre nur verwunderlich, „warum denn in aller Welt heute noch darüber geredet wird, wie offen die deutsche Frage sei“. Er nickte, als ihm Erich Honecker für diese Liquidation Deutschlands vor dem Zentralkomitee der SED lauten Beifall zollte.

DAS SKANDALON DER DEUTSCHEN EINHEIT

Politiker dürfen irren. Glauben sie. Deshalb beherrschen sie auch die Kunst, ihre Erklärungen von gestern mit Erklärungen von heute zu überkleistern. Historiker dagegen zwingt ihr Beruf dazu, mit dem Gedächtnis sorgfältiger umzugehen: ein mühsames, zumeist langwieriges, nur selten amüsanter Geschäft. Was aber die Fakten unserer Geschichte seit 1945 betrifft und die Erinnerung daran, so handelt es sich um eine der deprimierendsten Seiten unserer Arbeit.

Das Wort Deutschland. War dieses Wort nicht bis zum 9. November 1989, als die Mauer dank der Deutschen in der DDR endlich fiel, in Bonn ein besonders gemiedenes, peinliches, unangenehmes, ja degoutantes Wort? Da gab es einen Kanzler-Souffleur und wohlbeamteten Geschichtsprofessor, der noch vor wenigen Jahren bekundet hatte: „Die staatliche Einheit der Deutschen war immer in der neueren Geschichte, allein durch ihre bloße Existenz, eine Belastung Europas und ein Skandalon der Europäer.“ Nun, da das Skandalon aus der verordneten Hypnose seit 1945 wieder aufgewacht war, fahndete er nach einem Sinn der NATO, um dem Deutschland, das soeben wieder erstand, wenigstens die Ketten zu erhalten. Assistent wurde ihm von seinem Tübinger Rhetorik-Kollegen Walter Jens, der uns empfahl, den

Begriff „Deutschland“ überhaupt nicht mehr zu verwenden, da es „Gott sei Dank kein Deutsches Reich“, sondern zwei deutsche Staaten gebe.

Bei den Gesprächen in den Kreisen der Offiziellen, Offiziösen und wortmächtigen Medien-Dirigenten wirkte die Vokabel Deutschland so, als hätte man vor den Damen des gehobenen Bürgertums einen ungehörigen Witz erzählt. Das Wort stammte doch aus dem Rinnstein westeuropäischer Fortschrittlichkeit, wie man sie sich in Reinkultur zurechtgelegt hatte, wenn man seine Seidenhemden nur in Rom anfertigen lassen konnte, die Socken in Londons Bond Street zu erstehen genötigt war und das Kollier für die Frau Gemahlin bei Tiffany in New York.

Deutschland? Das war provinziell, ein Terminus aus dem Arsenal der Vertriebenen-sprecher, der revanchistischen Hitzköpfe, der nationalistischen Bullenbeißer, der Leute von vorgestern. Machen wir uns doch nichts vor: Wer von Deutschland sprach, der bewies seine faschistoide Gesinnung, war zumindest rechtsextrem. Das alles ist nachzulesen in unseren allzeit druckreif druckenden Zeitungen und Zeitschriften, Politmagazinen und ähnlich ambitionierten Illustrierten — nicht zu vergessen die Verfassungsschutzberichte und Protokolle des Bundestages, die jeder von uns, Satz für Satz, seit 1949 studieren kann.

Natürlich waren aber auch diejenigen, die sich lauthals oder hinter der hohlen Hand über „Deutschland“ mokierten, häufig dazu gezwungen, das Wort in der Öffentlichkeit zu benützen. Dergleichen schmerzte, aber solche Leiden des Politikerberufes zählen nun einmal zu den stärkenden Elementen der Moral und des Auftrages, für das „deutsche Volk“ tätig zu sein. Wenn also diese Volksbediensteten davon sprechen mußten, dann existierte Deutschland für sie weder real, noch als Vision. Es existierte auch nicht in ihrem Kopf, schon gar nicht in ihrem Herzen. Es existierte nur auf ihren Zungen. Da es aber zu den Hauptregeln unserer Politiker gehört, nicht zu erröten, betrachteten sie im November 1989 mit steinernen Mienen die Transparente auf den Leipziger Kundgebungen: „Mit Herz und Verstand — Deutschland einig Vaterland.“

Was war das Revolutionäre, ja das Unglaubliche von 1989? Daß einzig und allein die Deutschen in der ehemaligen DDR mit ihrem „Nein“ das SED-Regime gestürzt und mit ihrem „Ja“ zur deutschen Einheit die Grenze durchbrochen und die Mauer niedergelegt haben — und nicht Bonn mit der Fata Morgana seiner Deutschlandpolitik. Die Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit der Deutschen in Sachsen und Brandenburg, in Thüringen und Mecklenburg, in Sachsen-Anhalt und Berlin waren die Motoren des Umsturzes. Dadurch allein wurde die Einheit Deutschlands von den Zungen weg und hin zu den Fakten gebracht — jenen Fakten, die man sich in Bonn weder vorgestellt noch angestrebt hatte, ja die man nie ernstlich gewollt hatte.

Ein Faktum waren die Tausende von Deutschen jenseits der Elbe und Werra, die täglich in den Westen übersiedelten, von Bonn mit einem Märtyrerlächeln registriert.

Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, das Gebot der Wiederherstellung Deutschlands in der Präambel des Grundgesetzes, die „Realität“ der Grenzen, die nach 1945 von den Siegern des Zweiten Weltkrieges festgelegt wurden, und ebenso die Zerspaltung Deutschlands: Nichts davon bewegte ernsthaft die Regierungspolitik in Bonn, und wer sich unterstand, ein wenig daran zu rühren, der wurde im Namen der gleisnerisch beschworenen politischen Vernunft in die Schranken der deutschen Willfährigkeit verwiesen. Nunmehr aber, 1989, wurde Bonn bewegt, und zwar von jenen Deutschen, die man endgültig hinter sich zurückgelassen glaubte, weil man sich auf das transatlantisch gesalbte Westeuropa fixiert hatte. Fast könnte einen das Mitleid rühren.

Keineswegs zum Mitleid rührt jedoch die Rührigkeit, mit der jetzt versucht wird, zu retten, was doch nicht mehr zu retten ist. Zu retten das grandiose Einkaufs-Center, namens Europa, zu retten unsere Position als unerschöpflicher und neidvoll ironisierter Kreditgeber, womit wir uns als demokratisch sattelfest zu erweisen glauben, zu retten den Logenplatz im Militärpakt der NATO, dieser „Staatsräson der Bundesrepublik“, wie der amtierende Bundeskanzler die Allianz der Waffen in Regierungserklärungen bezeichnet hatte.

Die Mauer ist weg. Welch ein Triumph. Der Umsturz aber kann nur dann gesichert werden, wenn auch die inneren Mauern in Deutschland und in den Deutschen zerschlagen werden. Die Mauern, die unsere Selbstachtung blockieren, unsere Selbstfindung verhindern und unsere neurotische Verfassung über die Generationen hinweg aufrechterhalten sollen. Daran wird zur Zeit kräftig von denjenigen gearbeitet, die viele Jahre lang nicht der Einheit, sondern der deutschen Zweistaatlichkeit das Wort geredet haben. So wie Klaus Bloemer, damals der außenpolitische Berater von Franz Josef Strauß, 1965 erklärt hatte: daß „die Sehnsucht nach dem 'ganzen Deutschland'“, die in den Wiedervereinigungsparolen stecke, „den Lebensinteressen des deutschen Volkes geradezu im Wege“ stehe.

REDEN ZUM 8. MAI 1945 UND ANDERE REDEN

Gedenktage sind Tage der Besinnung, der Bilanz, der Erinnerung. Der 40. Jahrestag der militärischen Kapitulation des Deutschen Reiches beschäftigte 1985 die bundesrepublikanischen Medien viele Monate. Wenn man der Tonart der Einstimmung hätte glauben wollen, wäre zu vermuten gewesen, es handle sich dabei um die Begründung der Tradition einer neuen Maifeier.

In der Geschichte unserer Gegenwart des 20. Jahrhunderts gibt es zwei markante Einschnitte: den Versailler Vertrag des Jahres 1919 und den 8. Mai 1945. Am 8. Mai 1945 wurde in Europa der Zweite Weltkrieg beendet. Wer diesen Tag mit Bewußtsein erlebt hat, wer sich an ihn erinnert ohne die uferlosen Beschönigungen und Lügen, mit

denen seit Jahrzehnten unsere Geschichte und insbesondere unsere jüngere und jüngste Vergangenheit ungenießbar gemacht wird, der weiß, daß der 8. Mai 1945 ein Tag des Jammers und der Tränen war. Daran ist festzuhalten, ohne Konzessionen an andere Auslegungen, wie sie gerne gehört werden von denjenigen, die den offiziellen Beifall spenden. Opportunisten, die vor den Tatsachen die Augen verschließen, sind die Totengräber der deutschen Selbstbewahrung.

Es ist eine Tatsache, daß der 8. Mai 1945 für uns ein Tag des Elends, der Qual, der Trauer war. Deutschland, das deutsche Volk hatte sechs Jahre lang im gewaltigsten Krieg aller Zeiten um die Existenz gekämpft. Die Tapferkeit und Opferbereitschaft der Soldaten, die Charakterstärke und Unerschütterlichkeit der Frauen und Männer während des alliierten Luftterrors, die Tränen der Mütter, der Waisen — wer die Erinnerung daran zuschanden macht, zerrüttet unser historisches Selbstverständnis. Wer in öffentlichen Gedenkreden mit keinem ehrenden Wort an die Gefallenen und Toten, an die Opfer des eigenen Volkes erinnert, der begibt sich des persönlichen Anspruchs auf Ehrenhaftigkeit, auch dann, wenn heutzutage hohen Würdenträgern die Fahnenflucht in der Turbulenz des Kriegsendes, die „Selbst-Demobilisierung“, als „ehrentoll“ erscheinen mag.

Die Siegermächte von 1945 erklären nach wie vor, den Zweiten Weltkrieg im Zeichen des Christentums als einen Kreuzzug gegen Deutschland geführt und gewonnen zu haben. Sie retteten dadurch, wie sie versichern, die Humanität und alle höheren Werte der Menschheit. Sie führten diesen Krieg mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln eines Bombenkrieges, der die Kinder, die Frauen, die Flüchtenden, die Greise genauso als Feinde behandelte wie die regulären Truppen.

Die militärische Kapitulation des Deutschen Reiches bedeutete für die gesamte Welt eine Zäsur. Denjenigen Völkern, die gegen Deutschland gekämpft hatten, gilt er als ein Tag des Triumphes, der überschäumenden Freude, des Stolzes auf die Tapferkeit ihrer Soldaten, und selbst der Kummer und Schmerz jener Familien, die Tote zu beklagen hatten, weiß sich eingebettet und umfaßt von einer höheren Sinngebung. Wer auf der Seite der Sieger stand, konnte den 8. Mai 1945 als einen Tag des Friedens feiern. Mit ihm sollten, wie General Dwight D. Eisenhower den Völkern versicherte, ein für allemal die Schwerter in Pflugscharen umgeschmiedet werden.

Für Deutschland dagegen, dem es zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert gelungen war, einen Krieg gegen die ganze Welt zu verlieren, bedeutete der 8. Mai etwas ganz anderes. Das einzige, was die Gegner an diesem Tag gemeinsam hatten, war das Schweigen der Waffen, das Ende des Krieges der Soldaten, die Erlösung, daß es nunmehr mit dem Töten vorbei sei. Im übrigen lagen zwischen dem Triumph der Sieger und der Ohnmacht der Geschlagenen Abgründe ohne Brücken. Deutschland und das deutsche Volk waren zu Boden geworfen, das Deutsche Reich zertrümmert.

Der Tag des Friedens der Sieger brachte jedoch Abermillionen von Deutschen die Hölle auf Erden. Gibt es für die Eroberer von 1945 keinen Anlaß, danach zu fragen, mit welchen Verbrechen sie dem Triumph ihres Kreuzzuges für die bedrohten Menschheitswerte das Siegel aufgedrückt haben? Und zwar in jenen Friedensjahren nach der militärischen Kapitulation, in denen von Ostpreußen bis nach Jugoslawien Deutsche erschlagen, hingemetzelt, vergewaltigt, gefoltert, ausgetrieben wurden — in jenen Jahren, derer wir jetzt gedenken sollen als der Zeit einer Befreiung und einer neuen Zukunft, die uns zum ersten Mal in unserer tausendjährigen Geschichte „Freiheit, Recht und Menschenwürde“ gebracht haben soll. Die Unverfrorenheit des Versuchs, uns diesen 8. Mai als ein Datum der Befreiung anzudienen, wird nur durch die Schamlosigkeit der Begründungen dafür übertroffen.

WELCHE ERINNERUNGEN!

Wer im 20. Jahrhundert einen Krieg verliert, wird vom Sieger zum Schuldigen und Verbrecher erklärt. Wie soll man das Wertesystem derjenigen einschätzen, die dem deutschen Volk 1945 jede Moral geraubt und alle Ansprüche auf Grundrechte bestritten hatten und wenige Jahre später, als deutsche Soldaten wieder gebraucht wurden, aufgrund derselben Normen das deutsche Volk plötzlich als würdig erachteten, westliche und östliche Interessen mit der Waffe zu verteidigen? Auch daran sollten wir uns erinnern bei dem Versuch, mit unserer Geschichte ins reine zu kommen.

Der 8. Mai 1945 ist und bleibt ein Fest der Sieger. Das ist nicht unser Fest. Uns steht die Erinnerung an Wahrheiten zu, deren Gehalt von keinem Datum abhängt. Zur Lebensgeschichte des Einzelnen wie zur Geschichte eines Volkes gehören Niederlagen und Unglück genauso wie das Glück und der seltene Triumph. Nur dann, wenn sich der Einzelne, wenn sich ein Volk selbst aufgibt und sklavisch unterwirft, so daß wir schließlich glauben, den Kopf um so höher tragen zu können, je tiefer wir ihn voller Scham beugen — nur dann geht alles verloren. In der Variante einer Feststellung des Kaisers Mark Aurel: „Laß dir die Vergangenheit, laß dir die Zukunft nicht verfälschen. Du wirst, wenn es nötig ist, schon hinkommen, mit Hilfe derselben Geisteskraft, die dich das Gegenwärtige ertragen läßt.“

Befreit fühlen mochte sich am 8. Mai 1945 die Gruppe derjenigen, die nicht begriffen, welche heillose Konsequenzen die praktische Gleichsetzung von Deutschland mit dem Nationalsozialismus zur Folge hatte. Sie wurden nicht einmal dadurch nachdenklich gestimmt, daß die Kriegsgegner niemals ein Hehl daraus machten, in Deutschland den zu vernichtenden Feind zu sehen, gleichgültig, ob Deutschland vom NS regiert wurde oder eine demokratische Ordnung besessen hätte. Deshalb wurden auch die Widerstandskreise ignoriert und alle Versuche, Kontakte herzustellen, abgeblockt. Diese

Tatsache wurde öffentlich von Churchill, Stalin und von General de Gaulle unterstrichen. Alle drei erklärten, daß in den Jahrzehnten zwischen 1914 und 1944 nichts anderes stattgefunden hatte als ein „Dreißigjähriger Krieg“ gegen Deutschland — Hitler hin, Hitler her. So ist es auch wörtlich in einem Brief Churchills an Stalin vom 20. Februar 1944 zu lesen: „Ich betrachte diesen Krieg gegen die deutsche Aggression als ein Ganzes und als einen dreißigjährigen Krieg von 1914 an.“

„Befreit“ wurden wir aber auch in einem handfesten Sinn: von dem Elementarsten, was ein bewußter Mensch besitzt, von unserer Selbstachtung und unserem Stolz, von unserem Anstand, unserer Tapferkeit, von der Selbstbestimmung, von unserem Wissen, daß wir ein Volk sind, von der Freiheit der Erkenntnis, von unserer Geschichte. Millionen wurden von ihrer Heimat „befreit“. Angesichts dieser Summe von „Befreiungen“ schrie 1946 Aloysius J. Münch, Bischof von Fargo in Norddakota buchstäblich auf: „Das größte Verbrechen unserer Zeit. Nichts in der Geschichte kommt dem gleich.“

Befreit wurden selbstverständlich alle Gefangenen in Deutschland — eine Binsenweisheit. Und befreit mochten sich auch diejenigen fühlen, die tatsächlich Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren und diese Opposition hoch genug einstufen, um vom Schicksal Deutschlands unberührt zu bleiben. Die Rede ist nicht von solchen Gegnern, die ihre Ablehnung in der dubiosen Form einer „inneren Emigration“ praktizierten und ihr widerständlerisches Heldentum erst nach dem 8. Mai 1945 der Öffentlichkeit bekanntgaben. Die Rede ist nicht von Deserteuren der letzten Kriegswochen, selbst wenn sie später hohe und höchste Ämter in der Bundesrepublik oder der DDR bekleideten. All diese Leute mochten sich im Mai 1945 befreit fühlen. Deshalb nahmen sie auch bewußt keine Notiz von der grundsätzlichen Direktive JCS 1067/6, die der Generalstab der Streitkräfte der Vereinigten Staaten am 26. April 1945 dem Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen erteilte. In ihr stand der lapidare Satz, mit dem alle Zweifel über die Natur des 8. Mai hinweggewischt wurden: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.“

DIE SIEGER ALS „FREUNDE“

In der folgenden Zeit und mit besonderem Nachdruck in den achtziger Jahren wurde mit zunehmender Häufigkeit von Politikern und selbsternannten Experten versichert, daß für die Deutschen das Jahr 1945 ein welthistorisches Jahr der Befreiung gewesen sei. Ihnen sei damals überhaupt zum ersten Mal in der Geschichte die Freiheit gebracht worden. In der Gedenkrede des amtierenden Bundespräsidenten, der den 8. Mai 1945 mit pastoser Sanftheit als einen „Tag der Befreiung“ umkränzte, war zu hören, daß wir

dadurch in der später gegründeten Bundesrepublik „die kostbare Chance der Freiheit“ erhalten hätten.

Bei solchen Behauptungen handelt es sich um bewußte Selbsttäuschungen, absichtliche Entstellungen oder schlecht getarnte Irreführungen. Der Zweck lag auf der Hand: Legitimierung sowohl der Besatzungsmächte als auch der von ihnen erwünschten Neuordnung in den aufgeteilten Gebieten Deutschlands. Daß sich dieses Szenarium auf der politischen Breitleinwand bis ans Ende der achtziger Jahre gehalten hat, gehört zu den charakteristischen Merkmalen unserer inneren Verhältnisse.

Tatsächlich wurden die alliierten Sieger erst sehr viel später in Befreier verwandelt. Als es nämlich für die Besatzer zweckmäßig wurde, die verschiedenen Gebiete Deutschlands, die sie erobert hatten, in militärisches Aufmarschterrain zu verwandeln. Da sie nunmehr die Deutschen als Soldaten benötigten, verwandelten sich die Sieger von 1945 in den fünfziger Jahren über Nacht in Freunde und Befreier. Dieser wundersame Prozeß spielte sich ab innerhalb eines Rahmens politischer Zweckdeutungen und zu einer Zeit, in der nichts mehr zu befreien war — auf gar keinen Fall aus denjenigen Verhältnissen zu befreien, von denen behauptet worden war, daß uns erst die Alliierten davon befreit hätten.

Politische Zweckdeutungen dieser Art färbten die Innenseite der Außenansicht von der Bundesrepublik. Daß die Farbe nicht verblaßt, darum bemühen sich die meisten der Gedenkredner im Dienste Bonns. Insbesondere deshalb, weil unseren sogenannten demokratischen Freunden im westlichen Europa und jenseits des Atlantik diese Farbe so sehr zusagt.

Was davon zu halten war, zeigte sich überdeutlich im Pro und Kontra des Besuches von US-Präsident Ronald Reagan in der BRD im Mai 1985. Die Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof Bitburg vier volle Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war als bewußt berechnete, versöhnende Geste gedacht. Als das Vorhaben bekannt wurde, erhob sich in der amerikanischen Öffentlichkeit ein Sturm der Entrüstung und des Deutschenhasses. Fast alle Senatoren protestierten gegen den Besuch, ebenso erklärten sich 257 von 435 Kongreßabgeordneten dagegen, also fast 60 Prozent. Die Protestschreiben ließen sich nicht mehr zählen, die schnaubenden Zeitungsartikel nicht mehr auflisten. Damit begann Ronald Reagans „schmerzlichste Zeit“ als Präsident, wie er wörtlich sagte. Ausgelöst wurde die Empörung durch die Entdeckung, daß sich in Bitburg auch die Gräber von 49 Gefallenen der Waffen-SS befanden, also einer rein militärischen Kampftruppe. Diejenigen, die ihr angehörten, waren Soldaten wie alle anderen, und im Zweifelsfall vielleicht etwas zuverlässiger. In den ersten Jahren nach 1945 war dies noch allgemein bekannt. 1951 hatte der Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß die Waffen-SS nichts anderes gewesen sei als ein regulärer vierter Wehrmachtsteil.

Doch die Toten der Waffen-SS in Bitburg waren nicht das wirkliche Problem. Gemeint waren alle deutschen Soldaten. In den USA rangiert bis heute in der meinungsbildenden Öffentlichkeit die deutsche Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges als „Nazi-Armee“. Senator Cranston aus Kalifornien fand die bündigen Worte als er seinem Präsidenten empfahl, keinen deutschen Friedhof zu besuchen, „um deutsche Soldaten zu ehren, die amerikanische Soldaten im Dienst des größten Tyrannen unserer Zeit, Adolf Hitler, getötet haben“. Man mag diese Version auf sich beruhen lassen. Doch auch die Deutschen dürfen fragen, ob nicht zur Würde des Todes vor allem die Tatsache gehört, daß die Feindschaften des Lebens am Grabe enden.

Die Flutwelle des Ressentiments und der Alptraum des wochenlangen Streits um Bitburg wären nicht umsonst gewesen, wenn sie uns ein wenig das Blinzeln gelehrt, um nicht zu sagen die Augen geöffnet hätten. In den USA wurden im April und Mai 1985 nicht nur alle deutschen Soldaten erneut zu Verbrechern erklärt, sondern bei dieser Gelegenheit auch gleich die Deutschen der Gegenwart als Nachfahren der Nazis und als Nazi-Schurken. Dies geschah in der Öffentlichkeit einer Nation, die sich rühmt, Hüter der Menschenrechte zu sein, und nach deren Rechtsbegriffen es immer nur Einzelverbrechen gibt. Verbrechen der Person, nicht aber Verbrechen ganzer Völker.

Kurz vor seinem Abflug aus Washington nach Europa und Bitburg meinte der amerikanische Präsident, die Bundesrepublik sei ein besonders geeigneter Platz, um den Triumph westlicher Werte zu feiern. Auch deshalb begannen sich, als die Wogen des Streites um Bitburg die Flutmarken überspült hatten, viele in Westdeutschland ähnlich erregt zu fragen, ob wir nicht nur die beiden Weltkriege, sondern auch den Verstand verloren hätten.

Es geht dabei noch nicht um den schlammigen Komplex der Kollektivschuld, Kollektivhaftung und Kollektivscham mit seinen intellektuellen Unappetitlichkeiten und widerwärtigen Unterstellungen. Aber kaum jemals in den letzten Jahren war ein Ereignis charakteristischer für die tatsächliche Situation der Deutschen als der Entrüstungsturm um Bitburg. Er bewies uns handgreiflich, daß wir mehr als vier Jahrzehnte nach der militärischen Kapitulation auch bei denjenigen, die sich nun schon seit so langer Zeit ununterbrochen als unsere „Freunde“ bezeichnen, noch immer als die Geächteten von 1945 gelten.

„WER SICH ZUM WURM MACHT ...“

Einer unserer namhaftesten Zeithistoriker, Alfred Schickel, dessen Rang sich sowohl aus seiner Sachkenntnis, als auch aus seiner kompromißlosen Unbestechlichkeit ableitet, zog 1987 ein nüchternes Resümee: In den Aussagen der Kriegsgegner Deutschlands auf den Konferenzen von Jalta im Februar 1945 und von Potsdam im

Juli/August desselben Jahres wurde „einwandfrei festgestellt, was der 8. Mai 1945 für die Deutschen bedeuten sollte, nämlich den Beginn der Selbsterkenntnis und der Selbstbeichtigung sowie die Ergebung in den Willen der Sieger. Diese Erwartung der Sieger von 1945 bemühten sich die Deutschen nach Kräften zu erfüllen und sind nach den Zeugnissen der letzten Zeit auch nach vierzig Jahren immer noch dabei, diese flagellantistischen Anstrengungen fortzusetzen.“ Zweifellos habe erst der Zweite Weltkrieg und sein Ende die Sieger von 1945 in ihre Entscheidungsrolle gebracht, aber ebenso zutreffend und unteilbar sei „auch ihre Verantwortung für die Welt von heute, und die zeigt für das Deutsche Volk die Aufspaltung seines Reiches und die Teilung seiner Nation. Beide Tatbestände sind aber kaum Anlaß zu feiern — aber vielleicht Veranlassung, kritisch über sie nachzudenken.“

Wie wenig ist bei den Reden zum 8. Mai und anderen Gedenktagen davon zu spüren. Am beklemmendsten, am peinlichsten ist die sittlich drapierte Servilität, die gerade wegen des getragenen Tonfalls überdeutlich wird. Auch wenn bei uns mehr als genug unternommen wurde, um Rückgratlosigkeit einzuüben, so erstaunt es doch immer wieder und ist verblüffend, mit welcher Leichtigkeit sich auch schwergewichtige Politiker geradezu überschlagen, um am 8. Mai zusammen mit den früheren Feinden die Feier ihrer eigenen, der deutschen Niederlage zu begehen.

Immerhin gibt es dabei einen Trost. Mit der Haltung der Deutschen selbst hat das nicht viel zu tun. Neben der Resignation haben wir auch gelernt, öffentlichen Verlautbarungen dieser Art schweigend zuzuhören und mit unbewegter Miene die Kniefälle unserer politischen Repräsentanten vor dem Tabernakel deutscher Niedertracht zu beäugen. Die Älteren wissen es besser. Die Jüngeren haben es zwar anders gelernt, sind aber inzwischen genügend selbstbewußt, um entweder das Peinliche oder das Kuriose herauszuspüren. Für sie handelt es sich um Ereignisse der Prähistorie. Was geht sie's an? Kaum jemals hatte die Formel von der schweigenden Mehrheit größere Berechtigung als in den achtziger Jahren. Millionen und Abermillionen war das Wort unseres Königsberger Philosophen Immanuel Kant aus dem Herzen gesprochen: „Wer sich zum Wurm macht, darf sich nachher nicht wundern, wenn er getreten wird.“

DER „IRRWEG“ UNSERER GESCHICHTE

Die Jahre 1989 und 1990 setzen in Europa nicht nur einen Schlußpunkt hinter die Zeit seit 1945, sondern schließen auch das zwanzigste Jahrhundert ab. Sie liefern uns beachtenswerte Lehrstücke in politicis. Betroffen, unwillig, irritiert müssen sich die Nachbarn rund um Deutschland damit abfinden, daß unsere Einheit, wenn auch in einer territorial verkrüppelten Form, zu einer Tatsache geworden ist. Kaum einer der europäischen Politiker hat aber bis jetzt wahrgenommen, daß die Beseitigung des innerdeutschen Stacheldrahtes und des Todesstreifens zwischen Lübeck und Hof nicht

nur die Wiederherstellung Deutschlands eingeleitet hat, sondern auch die Restitution jenes Europa, dessen Einheit auf dem Terrain des kalten Krieges zwischen den USA und Sowjetrußland vernichtet worden ist.

Statt daß die europäischen Völker diesen Umstand wie eine Erlösung feiern und rühmen, lassen sie und ihre Regierenden sich von ganz anderen Sorgen quälen. Sorgen, die gänzlich überflüssig sind, wenn sie sich entschließen würden, die Verbeugungen unserer politischen Repräsentanten vor ihnen ernst zu nehmen. Ihr Mißtrauen, daß es sich dabei nur um Schauspielerei handeln und „die Deutschen“ damit lediglich ihre Großmachtgelüste kaschieren würden, beruht auf falschen Voraussetzungen. Denn unseren wortführenden Politikern und den Meinungsbildnern in den Medien ist es ernst mit ihrer Unterwürfigkeit. Sie wissen kaum noch etwas von den Grundbegriffen, die zum Arsenal der Selbstachtung aller Völker auf diesem Erdball gehören: Gemeingeist, Liebe zur Heimat, Schutz des Rechtes, nationale Würde, Selbstsicherheit, Wahrung der Interessen, Ineinssetzung mit dem Volk, mit der Geschichte, mit dem Vaterland Deutschland. Allenfalls existiert dies nur insgeheim im Herzschlag unserer Politiker. Es lebt aber voller Kraft in den Deutschen selbst. Diese Tatsache allein gibt den Sorgen unserer Nachbarn ihre Grundlage.

Da sind sie nicht müde geworden, uns einzuhämmern, daß sich bei uns diese Grundbegriffe in ihr Gegenteil verkehrt haben. Als Beweis wurde uns unsere Geschichte vorgehalten — eine Geschichte freilich, die nichts mit dem tatsächlichen Geschehen in unserer Vergangenheit zu tun hatte. Ebenso wurde von den Abgeordneten und in der wenn nicht maßgeblichen, so doch maßgerechten Presse seit Jahr und Tag versichert, daß wir uns bis in alle Ewigkeit der „westlichen Wertegemeinschaft“ angehörig fühlen würden — jenem Westen also, der Grundnormen des Volkes und Staates hochhält, uns aber fast ein halbes Jahrhundert lang das Recht, dasselbe zu tun, abgesprochen hat. Wie stolz sind andere Völker auf ihre Nation und ihre Geschichte, wie selbstverständlich und jenseits aller Diskussion ist ihnen ihr Nationalgefühl. In unseren Schulbüchern dagegen, in unseren Erziehungs- und Parteiprogrammen findet sich nichts dergleichen.

Dies ist das Ergebnis der alliierten Umerziehung, die nach 1945 begann. Die Architekten dieser Umerziehung waren gründliche Leute. Seit 1943 galt die reeducation bei den Westalliierten als eine beschlossene Sache. Das allgemeine Ziel wurde in einer Aktennotiz mit dem Satz umrissen: „Wir werden die gesamte Tradition auslöschen, auf der die deutsche Nation errichtet wurde.“ Deshalb unterlegten sie der ganzen deutschen Geschichte eine beständige Bereitschaft zu militärischer Aggression, die in unserem Jahrhundert schließlich ihren Gipfel darin erreicht habe, daß Deutschland die beiden Weltkriege vom Zaun gebrochen hätte.

Die unerläßliche Verbindung von der Kriegspropaganda zur Friedensarbeit der Umerziehung wurde unter anderem von dem damaligen US-Hochkommissar John McCloy hergestellt. Der versierte Finanzfachmann wurde zum Freizeithistoriker und erklärte, daß sich die kritische Prüfung und Neuorientierung der deutschen Geschichte nicht auf das Dritte Reich beschränken dürfe, sondern zumindest bis auf Bismarck zurückgreifen müsse. Die Empfehlung fiel bei den inländischen Schöpfern eines „geläuterten“ Geschichtsbildes auf fruchtbaren Boden. Zu ihnen gehörten nur selten sachkundige Historiker, dafür um so beflissenere Demokraten. Die Abhandlungen, die dann der vorgegebenen Generallinie von Luther über Friedrich den Großen zu Bismarck und Hitler wie Suchhunde einer Fährte folgten, sind heute kaum noch zu zählen. Sie dienten durchweg nicht der historischen Wahrheit, sondern der bewußten Zurichtung auf Kosten der deutschen Geschichte, die uns auf diese Weise buchstäblich gestohlen wurde.

Die Ergebnisse lagen schon nach wenigen Jahren vor, in Geschichtsbüchern, denen unsere Anpassungsapostel die Druckerlaubnis erteilt hatten - in preisgekrönten Abhandlungen, in regelmäßigen Dossiers von Zeitschriften, in Sendungen des Rundfunks und des Fernsehens. Heute ist es kaum noch jemandem von uns bewußt, daß gerade die Medien, die von der Zuversicht und der bewußt gepflegten Irreführung leben, die öffentliche Meinung wiederzugeben, unverändert das Prägezeichen der Umerziehung tragen. Die Sieger hatten den öffentlich-rechtlichen Anstalten bei ihrer Genehmigung diese politisch-pädagogische Direktive als Auflage mitgegeben. Was aber den Deutschen in der damaligen DDR wegen der Aufdringlichkeit der offiziell verkündeten Ideologie stets gegenwärtig blieb, das wurde dem Bundesdeutschen so beharrlich als „freie Meinung“ vermittelt, daß er es schließlich verinnerlichte.

Die deutsche Geschichte, so wurde von den vielen Volkspädagogen gelehrt und verkündet, sei ein kompletter Abweg, ein unseliger Marsch von Verbrechern in den größten Verbrecherstaat der Menschheitsgeschichte, ins Dritte Reich. Einer unserer Politikwissenschaftler stellte fest, daß schon Konrad Adenauer „die Erfahrungen der fehlgeleiteten deutschen Geschichte Orientierungspunkte seiner Politik“ geliefert hätten. Ebenso konnte der Bundespräsident am 8. Mai 1985 in seiner vom Ausland mit so viel anzüglichem Beifall quittierten Rede behaupten, daß jenes Datum „das Ende eines Irrwegs deutscher Geschichte“ bedeutet habe. Keiner unserer namhaften Historiker protestierte öffentlich und entschieden gegen diese Herabsetzung unserer Vergangenheit, deren Kompetenz nicht auf Sachkenntnis beruhte, sondern von nichts anderem getragen wurde, als von der Autorität des hohen Amtes. Keinem Studenten ließe man eine derart fehlerhafte Begründung durchgehen — zumal wenn sie wissentlich versucht würde.

Die Kombination der Singularität der KZ-Verbrechen mit der abscheulichen Einmaligkeit des Geschichtsverlaufs besiegelte dieses Unternehmen der Diffamierung.

Hier wurde auch das Ei des vergleichsweise sachlicheren Begriffs des „deutschen Sonderweges“ ausgebrütet. Die Umerziehung hatte in die Gefilde der Geschichtsschreibung mit der unverhüllten Anweisung ihren Einzug gehalten, daß sich die historische Forschung der fehlgeleiteten, abartigen Geschichte der Deutschen zwecks demokratischer Erziehung zu mündigen Bürgern anzunehmen habe. Und eben das geriet in den Händen jener Historiker, die sich nicht dem geschichtlich Korrekten verpflichtet hatten, zu jenem feinen Gift, dessen Wirkung auf der unmerklich ansteigenden Dosierung beruht.

Die meisten Geschichtsforscher hielten sich allerdings zurück. Die Gründe dafür fanden sich in den Jahren zuvor. Obwohl diese Reserve mehr Takt verriet als der demokratische Selbstbeziehungseifer anderer Kollegen, lief die Haltung in beiden Fällen darauf hinaus, daß die Bundesbürger in einer Existenzfrage vom Gros ihrer Historiker im Stich gelassen, ja verraten wurden. Das erinnerte unweigerlich an Alfred Kerr's bössartige Bemerkung über Thomas Mann im Jahre 1913: „Ein feines, etwas dünnes Seelchen, dessen Wurzel ihre stille Wohnung im Sitzfleisch hat.“

Der Vorgang hatte seine Parallele in der radikalen Demontage der deutschen Industrie, die in Jalta und Potsdam beschlossen worden war und das deutsche Produktionsniveau auf mehr als fünfzig Prozent des Standes von 1938 senken sollte. Während die Industrie-Demontage in der Bundesrepublik Ende 1950 eingestellt wurde, setzt sich die Demontage unseres Geschichtsbildes noch mehr als ein volles Jahrzehnt fort, bis sie komplett durchgeführt war. Mit diesem Ende endet aber auch die Analogie. Denn im Gegensatz zum Neuaufbau der demontierten Industrie war aufgrund der besonderen Bedingungen des Geschichtsunterrichts an den Schulen und der langen Nachwirkung der Eingriffe in die Historiographie ein ähnlicher Neuaufbau nicht möglich.

Voraussetzung dafür wären radikal veränderte Initiativen gewesen. So verbuchte gerade im Bereich der Geschichte die Umerziehung ihre bemerkenswertesten Erfolge.

Die Diskriminierung des deutschen Charakters ließ sich mit Hilfe einer tausendjährigen Geschichte weit nachhaltiger durchführen als mit den zwölf Jahren des Dritten Reiches. Selbstachtung ist bekanntlich dann am leichtesten zu vernichten, wenn sie schon weitgehend angeschlagen ist. Wie sollte politische Selbstbejahung denkbar sein, wenn ihr Fundament, die Geschichte des Volkes, zerstört war? Für Arnold Gehlen reichte die Kunst, jemanden geistig wehrlos zu machen, von der Lüge bis zur Diffamierung. Deshalb hätte die internationale Konvention über die Verhinderung und Unterdrückung des Verbrechens des Völkermordes vom 9. Dezember 1948 auch einen geistigen Völkermord anerkannt und in Art. II b definiert als „schweren Angriff auf die physische oder geistige Integrität einer Gruppe“. Dieser Begriff, so ergänzte Gehlen, „umfaßt natürlich die Traditionen und Überlieferungen eines Verbandes ebenso wie ihre Ehre, und ein Volk gewaltsam von seiner Geschichte abzutrennen oder zu entehren, bedeutet dasselbe, wie es zu töten“.

DAS MINIMUM DER NATIONALEN SELBSTBESTIMMUNG

In den sechziger Jahren erhob sich unversehens ein allgemeines Klagen über das Schwinden eines Mindestmaßes an Geschichtskennntnissen und über die Zerstörung des historischen Bewußtseins der Deutschen. Das Gezeter erschien freilich jedem, der die Etappen der Geschichtsdestruktion seit 1945 kannte, unverständlich. Hatte man uns doch zielstrebig unserer Geschichte beraubt.

Es geht beileibe nicht darum, ob sich ein Volk im Glanz seiner Geschichte sonnt oder aalt, auch nicht darum, ob es dank dessen, was vielleicht als eine Überlast des Verwerflichen quält, seine Geschichte als betrüblich empfindet. Es geht darum, ob es die Geschichte überhaupt zur Kenntnis nimmt. Geschichte hat außerordentlich viele Bedeutungen und Effekte. In und für die Demokratie ist sie die Basis der politischen Zentralbegriffe, denn die Demokratie ist selbst ein Stück Geschichte, eine Geschichte der letzten zweihundert Jahre. Ihre Geburtsstunde war die Erklärung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte am Ende des 18. Jahrhunderts.

Da die Geschichte die Grundlage auch unserer Demokratie ist, kommt alles darauf an, daß die Geschichte stimmt, daß sie vor allem von bewußt verfälschenden Interpretationen freigehalten wird. Seit 1871, der Gründung des zweiten deutschen Reiches, war Europa auf Deutschland konzentriert. Seitdem konnte und mußte mit der Rache Frankreichs — das immerhin den Krieg 1870 selbst gewünscht und erklärt hatte — und dem verhaltenen Zorn Großbritanniens gerechnet werden. Eine starke Kontinentalmacht auch in Europa, zumal eine Industrie- und Wirtschaftsmacht wie das zweite deutsche Reich, das im Wettbewerb überall die englische Konkurrenz austach, warf die traditionell von London aus gesteuerte Gleichgewichtspolitik über den Haufen.

Tragisch an dieser Neuordnung war, daß sie zugleich diejenige Minimalform der nationalen Selbstbestimmung darstellte, zu der im 19. Jahrhundert alle Völker strebten, insbesondere diejenigen, die eine Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform verwirklichen wollten. Dem Deutschen Reich Bismarcks und Kaiser Wilhelms II. ein Großmachtstreben vorzuwerfen, ist deshalb in mehrfacher Hinsicht historische Falschmünzerei. Man hatte dem französischen Politiker Clemenceau, dem sein Haß auf alles Deutsche zu großem Format verhalf, das Wort in den Mund gelegt: „Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zuviel auf der Welt.“ Man kann es drehen und wenden, wie man will: Es gibt für so viele unserer Nachbarn, die heute von uns offiziell als „Freunde“ hofiert werden, schon seit dem Wiener Kongreß 1814/15, aber jedenfalls mit Sicherheit seit 1871 zu viele Deutsche auf der Welt. Der britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, präzierte 1939 das Problem: „Deutschland ist ein mächtiges großes Land. Achtzig Millionen fleißige und disziplinierte Deutsche werden immer ein lästiger Faktor in der europäischen Politik und Wirtschaft sein.“

Wäre wirklich das Recht jedes Volkes, sich als Nation in einem eigenen Staat und mit einer eigenen Gesellschaftsform zu organisieren, ein demokratisches Hauptziel, dann hätten die anderen Völker jubeln müssen, als es auch den Deutschen gelang, mit Hilfe Bismarcks den kleindeutschen Nationalstaat zu schaffen. Vergessen war jedoch plötzlich die großartige Unterstützung, die seit Herder alle Nationalbestrebungen der kleineren Völker von uns erhalten hatten. Soll man heute soweit gehen und sagen, daß das Recht der nationalen Selbstbestimmung, das nur in einem gemeinsamen Staat zu realisieren ist, uns deshalb nicht zusteht, weil unsere Bevölkerungszahl zwanzig Millionen zu hoch ist? Die Frage ist nicht abwegig. Die Kommentare unserer Nachbarn bestätigen es im Jahr der deutschen Einheit mehr denn je. Schon die Bundesrepublik war im Europa der Wirtschaftsgemeinschaft aufgrund ihrer Bevölkerungszahl und ihrer Erfolge zu mächtig. Käme es nicht vielen Erwartungen unserer ausländischen „Freunde“ entgegen, wenn sich bei uns die Ehe als eine Institution zur Pflege des Geburtenrückgangs durchsetzen würde?

Die historische Entwicklung wird nachhaltig von demographischen Momenten geprägt. Diese Tatsache wird bei unserer Geschichte inmitten Europas meist unterbewertet. Die Bevölkerungszahl der Deutschen läßt sich aber weder hinwegdisputieren noch unterschlagen. Mit ihr hängen auch die Effekte jener Eigenschaften zusammen, die zu unserer Wirtschaftskraft, dem Standard der Industrie, zur technischen Innovation, der Hochwertigkeit unserer Produkte geführt haben. Das muß man hinnehmen. Nicht hinzunehmen ist es deshalb, daß wir uns dem Ausland gegenüber noch immer in der verduckten Nachkriegshaltung gefallen, uns quasi bei jeder Gelegenheit dafür entschuldigen, daß es uns gibt. Als dürfte der Deutsche nur mit schlechtem Gewissen lachen. In einer Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens wurde dementsprechend von einer Expertin für deutsche Schändlichkeit die Hoffnung geäußert, daß die Deutschen dank der sinkenden Geburtenrate bald aussterben würden, da unser Volk wegen seiner Verbrechen den Anspruch auf ein Fortleben verwirkt hätte.

Eine der bedeutendsten Grundformeln der Bundesrepublik heißt „Pluralismus“. In der Geschichtsforschung wirkt sich dieses Prinzip der Gruppenautonomie, die alle denkbaren Gegensätze umfaßt, als Kaleidoskop der Perspektiven aus. Das bedeutet den Verzicht auf Einheitlichkeit, insbesondere den Verzicht auf ein Geschichtsbild, das wenigstens in den Grundzügen einheitlich wäre. So verdanken wir dem Pluralismus eine Geschichtsforschung des farbenprächtigen Riesengartens mit unzähligen gepflegten Beeten, betreut von hervorragenden, international gerühmten Spezialisten — und überall nistet der wohlbegründete Verdacht, daß sich dabei die Perspektive der deutschen Geschichte auf den Horizont der Gartenzwerge reduziert, die in den fünfziger Jahren an den Rabatten ihrem fröhlichen Geschäft nachgingen und zu den erfolgreichsten Exportartikeln der Bundesrepublik gehörten. Nichts ist so vielfältig, so bunt wie die Geschichte. Doch ein Pluralismus, dem der Grundkonsens

fehlt, ist bestenfalls ein Blumenstrauß ohne Vase. In der Regel ist er aber nur ein Plural des Konformismus.

Die Vielfalt wird bei uns durch die Kulturhoheit der Länder garantiert und verewigt. Selbst in einer kleinen Stadt können die Geschichtsbücher von Schule zu Schule wechseln. Da aber, wie es der Historiker-Philosoph Wilhelm Dilthey formulierte, die Schule eine „gesellschaftliche Veranstaltung“ ist, zeigt sich an der Schule das Gesicht der Gesellschaft.

Dieses Charakteristikum fehlt jedoch bei uns. Nur wenige Bundesländer behielten ohne Unterbrechung die Geschichte als selbständiges Unterrichtsfach bei. Dazu kamen die Probleme der kontroversen Darstellung, dazu kam die Sackgasse des exemplarischen Unterrichts. Wer in einem so grundsätzlichen Bereich wie der Geschichte den Zusammenhang und die Kontinuität zugunsten einer „freiheitlichen Vielfalt“ auseinanderschlägt, betreibt praktische Anarchie. Die Geschichte unseres Volkes ist keine Inseratenwiese, auf der nach Tarif jede Meinung annoncieren kann. Niemand widersprach, als einer unserer bekannteren Sachbuch-Autoren in einer Nebenbemerkung unseren „geschichtsfeindlichen Unterricht“ an den Pranger stellte.

GESCHICHTSBILD

Nur gelegentlich und fast zaghaft rührt sich auch bei uns die Hoffnung, daß es auf die Dauer nicht bei der eingefahrenen Beliebigkeit zahlloser Geschichtsdeutungen bleiben könne. Dann würde sich möglicherweise auch die westdeutsche Geschichtsforschung „auf längere Frist als staatstragend erweisen“. Dies sei um so wünschenswerter, als bislang „noch kein voller Konsens über die Legitimität und den Sinn unseres Staates insbesondere für die Jugend erreicht worden“ sei — so schrieb ein westdeutscher Historiker im „Preußenjahr“ 1982.

In dieser Richtung wurde amtlich, das heißt mit Hilfe des Geschichtsunterrichts, nichts bewegt. Aber es bewegte unverändert die Nachdenklicheren, es bewegte unser Volk, es bewegte in erster Linie die vielen Millionen, die aufgrund des Zuschnitts der Medien-Information nicht repräsentativ zu Wort kommen. Trotzdem erfahren wir von ihrem Denken, Empfinden, Wollen in einer Reihe von Befragungen so zuverlässiger Forschungsstätten wie dem Institut für Demoskopie in Allensbach. Unsere Abgeordneten, die häufig nach der Wahl vergessen, daß sich die Verbindung zwischen ihnen und den Urnengängern nicht auf den Stimmzettel beschränkt, sollten derartige Erhebungen aufmerksamer studieren als die Kommentare ihrer hausinternen Zeitungen.

Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener, Spanier, Polen, Portugiesen, Russen, Tschechen besitzen ein einheitliches Geschichtsbild. Es ist unabhängig von den politischen Parteien. Auch für uns Deutsche existiert ein solches Geschichtsbild. Allerdings existiert es seit 1945 nicht mehr im Geschichtsunterricht, nicht mehr bei

den professionell tätigen Historikern, nicht mehr im Bewußtsein des Volkes. Man hat es uns gestohlen. Zunächst mit dem Werkzeug der Umerziehung, dann mit seiner verfeinerten Weiterentwicklung, dem über der Bodenlosigkeit schwebenden Pluralismus.

Heute gibt es für unsere Existenz und unser Bewußtsein, sofern es sich nach vorn zu orientieren versucht, nichts Wichtigeres, als die Einheit unseres Volkes innerhalb eines staatlichen Neubaus zu vollenden und dadurch auch die Nation wieder sichtbar zu machen. Dazu aber gehört, daß wir unser Geschichtsbild von den Tüchern befreien, mit denen es verhängt wurde. Von den schwarzen Tüchern der Trauer, von den us-britisch-trikolor changierenden der Westsieger, von den roten des Marxismus, ja selbst von den schwarz-weiß-roten und schwarz-rot-goldenen Tüchern unserer Vergangenheit und Gegenwart. Denn unser Geschichtsbild ist — so wie dasjenige anderer Völker — ein Bild, das sich nicht aus der Deutung der Gegenwart ergibt, sondern die Deutung der Gegenwart ermöglicht.

Vor wenigen Jahren klagten die Navajos, der größte Indianerstamm in den Vereinigten Staaten: „Unsere Selbstachtung ist auf Null gesunken. Von Generation zu Generation nicht wirklich für sich selbst verantwortlich sein können, das ist absolut tödlich für das Selbstbewußtsein; keine Kontrolle über das eigene Leben haben, nicht einmal verrecken können, weil dich irgendeine barmherzige Institution auffängt. Das ist schlimmer als sterben.“ Das elementare Aufbegehren der Navajos ist zu ergänzen durch eine Bemerkung von Carl Schmitt: „Dadurch, daß ein Volk nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, sich in der Sphäre des Politischen zu halten, verschwindet das Politische nicht aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk.“

Das sind zwei nützliche Kommentare zu unserer Geschichte seit 1945 sowie zu den Ereignissen der Jahre 1989/1990 und ihren Folgen. Für unsere Partner in West und Ost — ob sie sich nun als „Freunde“ bezeichnen oder anders — und ebenso für die frühere DDR und für den Rest der bundesrepublikanischen Existenzspanne gilt deshalb die Empfehlung: Halte Deutschland nicht für tot, ehe du seine Leiche gesehen hast. Und selbst dann dürftest du dich irren.

Hellmut Diwald (1924 - 1993) studierte zunächst Maschinenbau (Abschluss 1947), dann Philosophie und Geschichte in Hamburg und Erlangen. Dissertation 1952 mit dem Thema „Untersuchungen zum Geschichtsrealismus im 19. Jahrhundert“. 1958 Habilitation. Seit 1965 Professur für Mittlere und Neuere Geschichte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen